

# »Grundrecht auf Privatsphäre zur Kaufoption degradiert«

## Datenschutzrichtlinien der Europäischen Union sind im Sinne der Lobbyisten für IT-Konzerne. Ein Gespräch mit Friedemann Ebelt

*Ralf Wurzbacher*

---

**Am 26. Oktober hat das EU-Parlament in Strasbourg den Entwurf des Innenausschusses für die sogenannte E-Privacy-Verordnung mit knapper Mehrheit beschlossen. Warum ist das ein wichtiger Schritt hin zu mehr Datenschutz?**

Weil damit endlich die Vertraulichkeit der elektronischen Kommunikation neu geregelt wird. Das geltende Regelwerk stammt aus dem Jahr 2009 und ist angesichts der technischen Weiterentwicklung komplett überholt. Mit ihrer Zustimmung zu der Verordnung hat die Mehrheit der Abgeordneten klar gemacht, dass das Grundrecht auf Privatsphäre für sie wichtiger ist als die Interessen der Datenindustrie.

**Woran zeigt sich das konkret?**

Es geht um WLAN-Tracking, Cookie-Walls, Datenschutzeinstellungen in Software, Werbetacking und den Schutz der Privatsphäre beim Telefonieren, Chatten und in den sogenannten sozialen Medien. All diese neuen Dienste sind bislang kaum reguliert, obwohl mit ihnen Daten in nie dagewesenem Umfang gesammelt und verarbeitet werden. Eigentlich dürften meine Daten überhaupt nicht verarbeitet werden. Denn die sind durch das Grundrecht auf Privatsphäre geschützt. Der Gesetzgeber definiert jetzt Ausnahmen von dieser Regel: Das Erheben von Daten soll erlaubt sein, wenn man – erstens – als Nutzer seine Einwilligung dazu erklärt hat oder – zweitens –, wenn die

Daten zu statistischen Zwecken verwendet werden.

### **Ganz konkret: Was soll zum Beispiel mit den sogenannten Cookies werden, die sich auf einem Rechner einnisten und das Nutzerverhalten aufzeichnen?**

Heute gibt es diese Cookie-Walls: Man wird gefragt, ob man Cookies erlaubt – kann aber eigentlich nur zustimmen. Ablehnen ist keine Option. Das soll künftig verboten sein. Statt mit Daten zu zahlen soll der User, wie es heißt, eine »andere faire Option« erhalten. Das wird jedoch in den meisten Fällen darauf hinauslaufen, dass man für das Aufrufen einer Seite bezahlen muss. Damit wird das Grundrecht auf Privatsphäre zu einer Kaufoption degradiert. Daran zeigt sich, dass diese Verordnung auch kritische Kompromisse enthält, auf die Konservative und Datenkonzerne gedrängt haben.

### **Aber Sie meinen, das Positive überwiegt?**

Wir hatten im Vorfeld mit anderen Datenschutz- und Grundrechteorganisationen drei zentrale Forderungen gestellt: ein wirksames »Nein« zu Cookies, Datenschutz als Standardeinstellung »ab Werk« bei allen Programmen und keine Tracking-Schlupflöcher. Die ersten beiden Punkte wurden weitgehend erfüllt, der dritte leider nicht. Zum Beispiel könnte Google nach jetzigem Stand weiterhin erfassen, wer wann wo mit wem kommuniziert. Auch soll statistisches Tracking möglich sein, um die Reichweite einer Website zu ermitteln.

### **Trotzdem tut die IT-Wirtschaft so, als bedeutete die Verordnung das Ende von Konsum und Kommerz im Internet ...**

Für die Industrie gehört Jammern zum Geschäft, genauso wie die Drohung mit Arbeitsplatzabbau. Dabei hat es im Gefolge strengerer Datenschutzbestimmungen noch niemals Umsatzeinbußen in der Werbebranche oder im Einzelhandel gegeben. Faktisch lautet das einzige Argument der Lobbyisten: Die Interessen der Werbe- und Tracking-Industrie stehen über dem Grundrecht auf Privatsphäre von mehr als 511 Millionen Bürgerinnen und Bürgern in der EU und damit über dem Gemeinwohl. Das darf Politik aber einfach nicht zulassen.

### **Was stellen Sie sich als Alternative vor?**

Wir wollen ja nicht Werbung verbieten, und der Entwurf der Verordnung ist weit davon entfernt. Wir sagen, Werbung ist auch mit starkem Datenschutz möglich – also ohne Tracking, Personalisierung und Überwachung. Jeder Job, der in der kommerziellen Überwachungsindustrie wegfällt, kann im Bereich datenschutzfreundlicher Innovationen neu entstehen.

### **Wie geht es jetzt mit der Verordnung weiter?**

Die nächste Etappe werden die Trilog-Verhandlungen zwischen EU-Parlament, -Kommission und -Rat sein. Man muss befürchten, dass die Industrielobby alles daran setzen wird, den Entwurf zu entkernen. Und nicht nur das: Im Rat gibt es sogar Bestrebungen, eine Überwachung mittels Vorratsdatenspeicherung in die E-Privacy-Verordnung zu integrieren. Das wäre eine Katastrophe für den Schutz der Privatsphäre.

Friedemann Ebelt ist Redakteur und Campaigner beim Verein Digitalcourage

---

<https://www.jungewelt.de/artikel/321230.grundrecht-auf-privatsphäre-zur-kaufoption-degradiert.html>